

Kurz notiert

Plakate. Im Streit mit der Bundesregierung um die Änderung des Ökostromgesetzes will sich die SPÖ auch gegen Plakate des ÖVP-Parlamentsklubs juristisch zur Wehr setzen. Zuvor hatten die Sozialdemokraten bereits rechtliche Schritte gegen Inserate mit demselben Sujet angekündigt. In dem Sujet heißt es in Anspielung auf das Nein der SPÖ zur Biomasseförderung im Bundesrat: „Österreich ist gegen Atomstrom – Nur die SPÖ nicht, SPÖ vernichtet tausende Arbeitsplätze.“

Inflationsrate. Dank eines mittlerweile sehr geringen Preisauftriebs bei Spirit hat die Teuerung in Österreich zu Beginn des neuen Jahres deutlich nachgelassen. Die Inflationsrate ist im Jänner auf 1,7 Prozent gesunken, den tiefsten Stand seit gut zwei Jahren. Im Dezember waren die Preise im Jahresabstand im Schnitt noch um 1,9 Prozent gestiegen.

Wehrdienstreform. 2013 votierte die österreichische Bevölkerung bei einer Volksbefragung für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Die damalige Regierung kündigte eine Attraktivierung des Grundwehrdienstes an. Der Rechnungshof hat der Reform nun ein mittelmäßiges Zeugnis ausgestellt. Die Prüfer kritisierten an erster Stelle, dass trotz des umfangreichen Reformvorhabens mit 180 Maßnahmen das Ministerium keine eigene Projektorganisation eingerichtet hatte.

Asyl. Dass das Innenministerium bei Asyl-Aberkennungen Druck macht, zeigt nun die Beantwortung einer Anfrage der Neos. Die Zahl der erstinstanzlichen Verfahren ging demnach von 1.476 im Jahr 2017 auf 5.438 im Vorjahr hinauf (Zahlen 2018 nur von Jänner bis November). Tatsächlich aberkannt wurde der Asylstatus aber in viel weniger Fällen. Nach Herkunftsland gereiht wurden die meisten Aberkennungsverfahren gegen Afghanen eingeleitet (1.675 von Jänner bis November 2018), dahinter folgen die Russische Föderation (1.116), Syrien (898) und der Irak (471). Die Zahl der tatsächlichen Aberkennungen durch das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) ist um einiges niedriger. Im Vorjahr wurden hier 652 Fälle gezählt.

Reizwort Pension mit 67

Expertendiskussion über österreichisch-deutsche Sorgen um Altersarmut und Finanzlücken.

Von Karl Ettlinger

Wien. Die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung hat mit der Reform der Sozialversicherung und der Mindestsicherung genug am Hals. Das Thema Pensionen hat sie daher abgesehen von der gestaffelten Pensionserhöhung aus ihrem Sprachschatz und politischen Alltag weitgehend verbannt. Fachleute hindert das jedoch keineswegs, Reizwörter wie höheres Pensionsalter und Altersarmut in den Mund zu nehmen.

Die – nicht anwesende – Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) bekam dabei bei einem Diskussionsabend über die „Sackgasse Pension“ der „Denkwerkstatt St. Lambrecht“ in Wien von Helwig Aubauer von der Industriellenvereinigung ihr Fett ab. Der Experte beklagte, dass es entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nach wie vor keine Pensionskommission gibt. Damit fehlten dringend notwendige Prognosen für die Entwicklung der Pensionsfinanzierung bis zu den Jahren 2030 und 2040.

„Das beruhigt mich gar nicht“, warnte Aubauer. Bei den Ausga-

ben bleibe ein „signifikanter Anstieg“. Die Summe, um die es da gehe, liege außerdem „in ganz anderen Dimensionen“ als etwa der Konflikt um die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung.

„Bild“-Zeitung schreibt, wie deutsche Rentner überleben

Im Vergleich zu deutschen Rentnern ist in Österreich die Pension im Vergleich zum früheren Aktiveinkommen („Nettoersatzrate“) im Schnitt höher. Erst am Dienstag dieser Woche hat die „Bild“-Zeitung in einem Aufmacher-Bereich Deutschland mit der Schlagzeile „Reiches Land, arme Rentner“ aufgerüttelt. Im Boulevardblatt erzählten fünf Senioren, „warum sie Flaschen sammeln müssen, um zu überleben“. Pensionseinschränkungen nach der Jahrtausendwende lassen dort die Warnungen vor Altersarmut ab 2030 lauter werden.

Es sei „zu kurz gegriffen“, in Österreich hinzuweisen, dass man bei der Pensionshöhe besser als die Deutschen sei, gab Neos-Sozialsprecher Gerald Loacker zu bedenken. Beim Anstieg des Anteils der Menschen über 65 Jah-

ren von 18,5 auf 30,4 Prozent bis 2070 bedeute das wohl niedrigere Ersatzraten, prophezeite der Neos-Parlamentarier.

Josef Wöss, altgedienter Pensionsexperte der Wiener Arbeiterkammer, hielt andere Sorgen wie Klimawandel und Umwelt für wichtiger: „Da brauchen wir uns nicht mehr Gedanken machen um die Pension in 50 Jahren.“ Der „deutsche Weg“ mit einem Pensionsalter von 67 Jahren bereitete ihm Angst und Kopfzerbrechen. Solange es bei jungen Menschen und Zuwanderern nach Österreich derartige Probleme auf dem Arbeitsmarkt gebe, brauche man Menschen nicht dazu zwingen, mit 66 oder 67 Jahren in Pension zu gehen, stellte Wöss fest: „Das kommt mir komisch vor.“

„Komplizenschaft“ verhinderte höheres Frauenpensionsalter

Der Ex-Chef der Pensionsversicherungsanstalt, Ewald Wetscherek, erinnerte in der Diskussion daran, dass die schrittweise Angleichung des Pensionsalters der Frauen an jenes der Männer mit 65 Jahren, die 2024 beginnt, zu spät erfolgt. Das ist 1992 von SPÖ

und ÖVP mit einer Verfassungsregelung einzementiert worden. 2002 sei „völlig klar“ gewesen, dass man in Österreich ein geschlechtsneutral einheitliches Pensionsalter gebraucht hätte. Da habe es eine „Komplizenschaft“ der Dienstgeber und Dienstnehmer gegeben, nichts zu ändern.

Wetscherek warnte aber auch davor, die ganze Hoffnung in eine kapitalgedeckte private Pensionsvorsorge zu legen. Man solle nicht so tun, als gebe es dort das Risiko durch den Demografiefaktor nicht, meinte er, der damit auf die Zunahme älterer Menschen hinwies. „Da steht die Bewährungsprobe noch bevor“, warnte Wetscherek. Da müsse man dann den Beitragssatz erhöhen.

Der Ex-Sektionschef im Sozialministerium, Walter Pöltner, erinnerte daran, mit den Pensionsreformen 2003/04 während der schwarz-blauen Regierung würden die hohen Beamtenpensionen („die kommen runter auf ASVG-Niveau“) reduziert. Auch für Beamtenpensionen wird der Berechnungszeitraum bis 2028 auf 40 Jahre ausgedehnt. Damit werden Pensionsausgaben eingespart. ■



Frei nach Udo Jürgens:
„Mit 66 Jahren ...“

Foto: adobe stock/
Yaroslav Astakhov